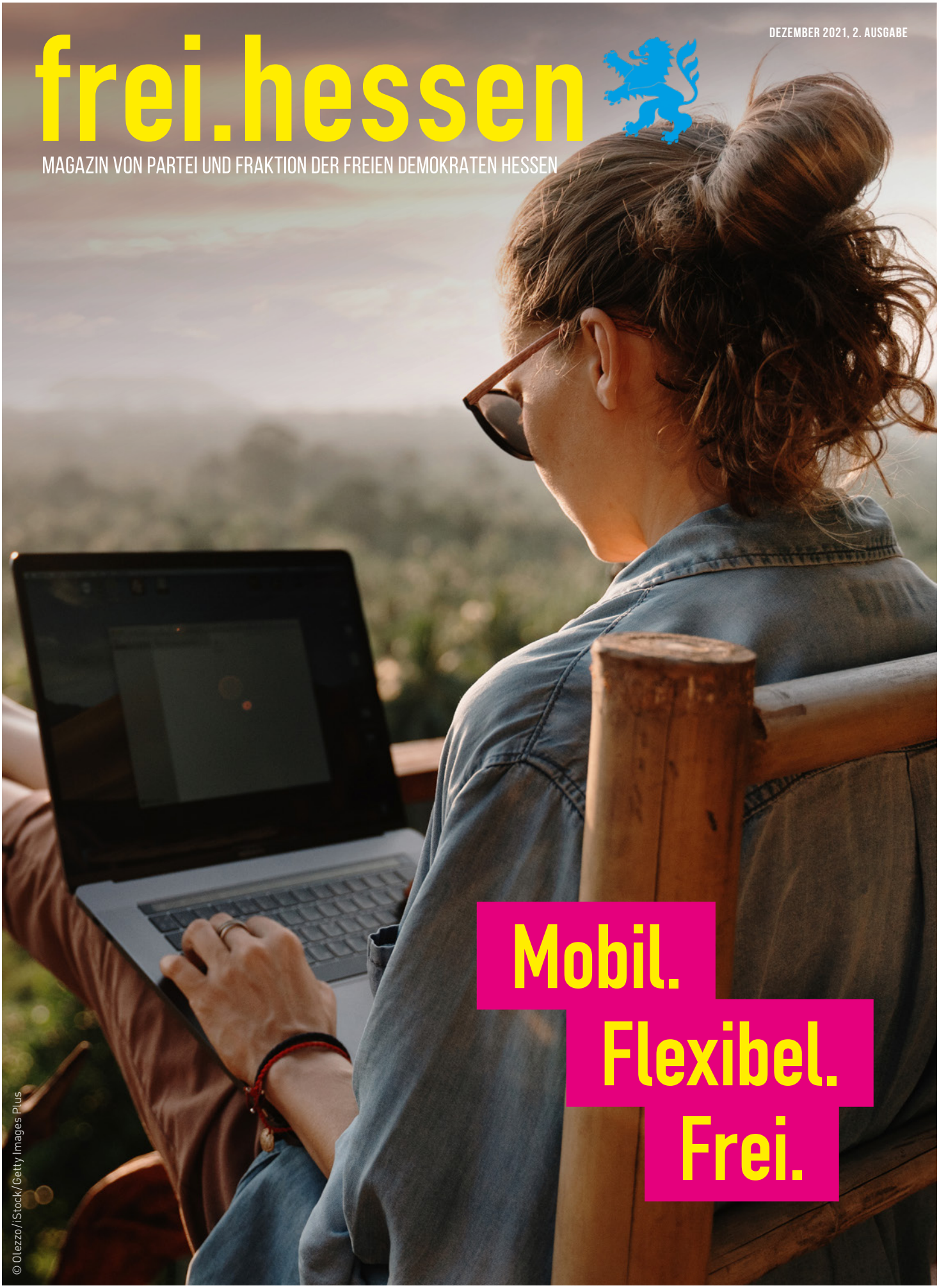
DEZEMBER 2021, 2. AUSGABE

frei.hessen

MAGAZIN VON PARTEI UND FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN HESSEN



Mobil. Flexibel. Frei.

© Olezzo/iStock/Getty Images Plus

Verantwortung für unser Land

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

Foto: © Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Deutschland und Hessen stehen vor grundlegenden Veränderungen. Erstmals bildet ein Bündnis von Sozialdemokraten, Grünen und Freien Demokraten eine gemeinsame Mehrheit. In dieser „Ampel" gibt es keine Arbeitsteilung nach dem Muster „Koch" und „Kellner", wie in früheren Koalitionen, sondern die Partner arbeiten auf Augenhöhe. Erstmals seit 40 Jahren, seit dem Ende der sozial-liberalen Ära 1982, sind wir Freie Demokraten wieder der Anker der bürgerlichen Mitte in einer Bundesregierung. Die Koalition in Berlin ist keine „Liebesheirat", sondern ein Zweckbündnis. Die CDU hat sich als verlässlicher Partner aus der Regierungsfähigkeit verabschiedet. Nach 16 Jahren Merkel ist sie programmatisch und personell ausgelaugt. Das Verhältnis innerhalb der Union ist so zerrüttet, dass man daraus problemlos Stoff für mehrere Staffeln „House of Cards" ziehen könnte. Unser Land muss aber handlungsfähig sein. Wir können nicht warten, bis die Machtkämpfe in der Union entschieden sind. Wir Freie Demokraten sind deshalb aus Verantwortung für unser Land und aus Verantwortung für die Lebenschancen der Bürgerinnen und Bürger in diese Bundesregierung eingetreten.

Auch als Oppositionsfraktion tragen wir Verantwortung für unser Land: Gemeinsam mit der SPD-Landtagsfraktion hatten wir im vergangenen Herbst Klage gegen das schwarz-grüne „Corona-Sondervermögen" eingereicht. Über viele Monate hinweg mussten wir, Kollegin Faeser und ich sowie unsere beiden Fraktionen, uns von Mitgliedern der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen vorwerfen lassen, in der Krise nicht helfen zu wollen. Und das, weil wir uns im Hessischen Landtag für den Willen des Volkes stark gemacht haben. Mit mehr als zwei Dritteln hatten sich im März 2011 die hessischen Bürgerinnen und Bürger für die Schuldenbremse und ihre Verankerung in der Verfassung des Landes Hessen ausgesprochen. Und dann hebeln CDU und Grüne sie im ersten Jahr ihrer Gültigkeit aus, um sich einen Schattenhaushalt für Wahlkampfzwecke aufzubauen. Für uns Freie Demokraten stand niemals außer Frage, helfen zu wollen. Für uns stand aber das „Wie" in Frage. Mit einem Nachtragshaushalt ist dem Parlament die Möglichkeit gegeben, schnell und kurzfristig Änderungen am Landeshaushalt vorzunehmen. Diesen Vorschlag hatten wir der Regierung mehrmals unterbreitet. Auch die obersten Richter des Landes Hessen hätten diesen gerne umgesetzt gesehen. Sie erklärten das hessische Sondervermögen schließlich für nicht vereinbar mit der Landesverfassung. Ein historisches Urteil – nicht nur für Hessen.

IHR

RENÉ ROCK
VORSITZENDER DER FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN IM HESSISCHEN LANDTAG

facebook.com/fdphlt

instagram.com/fdp_hlt

twitter.com/fdp_hlt

fdp-fraktion-hessen.de

Sie können frei.hessen auch online lesen:
fdp-hessen.de/frei-hessen

INHALT

© west/iStock/Getty Images Plus

Titelthema
4 **Moderne Arbeit ist mobil**

Fokus
8 **InnenStadtLeben**

Blickpunkt Berlin
11 **Bundestagswahl 2021**

Rückblick
12 **Bundestagswahlkampf in Hessen**

Interview
14 **Sieg für die Schuldenbremse**

Bildung
16 **Künstliche Intelligenz in der Schule**

Interview
17 **Heute entschiedener als damals**

Fokus
18 **Neue Köpfe, neue Chancen**

Meldungen
20 **Persönliches**

© demy89/iStock/Getty Images Plus

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlags GmbH, Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden, Telefon 0611 99906-14

FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN IM HESSISCHEN LANDTAG Tatjana Hajmássy (V.i.S.d.P.), Schloßplatz 1–3, 65183 Wiesbaden, Telefon 0611 350-576, E-Mail: fdp@ltg.hessen.de, www.fdp-fraktion-hessen.de

FDP-LANDESVERBAND HESSEN Michael Brückmann (V.i.S.d.P.), Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden, Telefon 0611 99906-15, E-Mail: hessen@fdp.de, www.fdp-hessen.de

REDAKTION Oliver Stirböck, Wiebke Knell, Moritz Promny, Stefanie Heil, Tatjana Hajmássy, Michael Brückmann

Das Magazin von Partei und Fraktion der Freien Demokraten Hessen erscheint gewöhnlich zweimal im Jahr.

DRUCK AC medienhaus GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden

BILDNACHWEIS iStock | Tobias Koch | Rina Zinman | Büro Alexander Müller, MdB | FDP Landesverband Hessen | Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag | Daniela Steffek | Yolanda Alexiev | Dr. Hermann Otto Solms | v. Rundstedt & Partner GmbH | Regina Trabold | FDP Kreisverband Frankfurt | FDP Kreisverband Gießen

Klimaneutral Druckprodukt ClimatePartner.com/12360-2106-1004

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C115407

Moderne Arbeit ist mobil

Das Ergebnis zählt, nicht der Arbeitsort

Oliver Stirböck sitzt im Café Goethes in Offenbach, eine Latte Macchiato neben sich, das iPad vor sich. Zur gleichen Zeit hat Stefan Müller im Innenhof des Hessischen Landtags in Wiesbaden an einem Tisch des Landtagsrestaurants Platz genommen und fährt seinen Laptop hoch, während René Rock im Medienraum des Landtages ins Mikrofon spricht: Der digitalpolitische Sprecher, der innenpolitische Sprecher und der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten im Hessischen Landtag sind zwar einige Meter beziehungsweise gar Kilometer voneinander entfernt, bestreiten aber in diesem Moment gemeinsam eine Pressekonferenz. Thema dieses Pressetermins ist exakt das, was Stirböck und Müller in diesem Moment auch

Wiebke Knell:

„Früher musste ich auch für kurze Besprechungen viele Stunden nutzlos auf der Autobahn verbringen. Dank virtueller Treffen kann ich meine Zeit effektiv nutzen, schone die Umwelt und habe außerdem etwas mehr kostbare Zeit für die Familie."

beispielhaft demonstrieren: mobiles Arbeiten! Denn die Freien Demokraten wollen das mobile Arbeiten vorantreiben, den Beschäftigten der hessischen Landesverwaltung ein Recht auf diese Form der Arbeitsorganisation geben und haben dazu im Landtag mit einem Gesetzentwurf und einem Antrag die Initiative ergriffen.

„Wir Freie Demokraten leben mit unserer Fraktion 4.0 schon seit mehr als zwei Jahren vor, dass mobiles Arbeiten funktioniert. Bei uns zählt das Ergebnis: Ob unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Leistung am Schreibtisch in den Fraktionsräumen in der Wiesbadener Marktstraße, in ihrem Lieblingscafé, auf der Bank im Park oder bei sich zu Hause am Küchentisch erbringen, ist zweitrangig", erklärt René Rock. Die Fraktion hat das mobile Arbeiten bereits Anfang der aktuellen Legislatur-

Moritz Promny:

„Es ist ein enormer Gewinn an Lebenszeit, Agilität und Flexibilität im Arbeitsalltag, wenn zeit- und ortsunabhängig ein effizienteres Arbeiten ohne unnötiges Pendeln möglich ist."

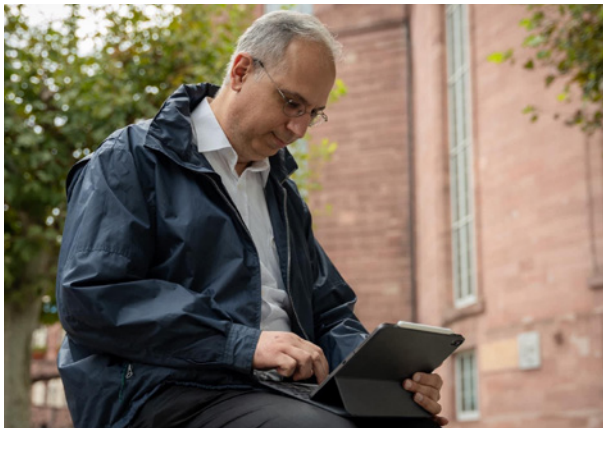
Alle Fotos: © Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

periode auf den Weg gebracht und hatte somit zu Beginn der Corona-Pandemie, als Deutschland binnen weniger Tage gefühlt kollektiv ins Homeoffice wechselte, einen entscheidenden Vorsprung. „Wir konnten vom ersten Tag an ohne Qualitätsverlust weiterarbeiten, während anderen mitunter noch die Tablets, Laptops und Videokonferenzsysteme fehlten“, berichtet Rock stolz.

René Rock:

„Mobiles Arbeiten schafft Freiraum – und Freiraum bringt kreative Ideen hervor.“

Nach eineinhalb Jahren Pandemie haben immer mehr Menschen zu schätzen gelernt, in ihrer Arbeitszeit nicht permanent im Büro präsent sein zu müssen. „Die Corona-Krise war für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Booster, was die Arbeit im Homeoffice respektive mobiles Arbeiten angeht. Viele von ihnen wollen nun auch nach der Krise die Möglichkeit haben, sich auszusuchen, von wo aus sie arbeiten“, hat Rock festgestellt.



Oliver Stirböck:

„Selbst im Urlaub bin ich immer voll einsatzfähig für unsere liberale Sache.“

Die Freien Demokraten wollen mobiles Arbeiten nun überall dort ermöglichen, wo der Staat als Arbeitgeber agiert und so ein Vorbild für Unternehmen darstellen kann. „Als Liberale können und wollen wir nicht in die Dispositionsfreiheit der Unternehmer hineinregieren“, betont Oliver Stirböck, der nicht nur Digitalexperte, sondern auch Wirtschaftspolitiker ist. „Aber wenn der Staat zeigt, was in puncto Arbeitsorganisation und Arbeitskultur möglich ist, motiviert das Unternehmensspitzen nachzuziehen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vergleichbare Angebote zu machen“, sagt Stirböck und ergänzt: „Außer-

dem tut sich das Land selbst einen Gefallen, wenn es das mobile Arbeiten stärkt. Nur wer sich zeitgemäß aufstellt, kann im Wettbewerb um die klügsten und kreativsten Köpfe mithalten. Überspitzt gesagt: Wer seine Beschäftigten zwingt, an fünf Tagen in der Woche in einem möglicherweise muffigen und vollgestopften Büro etwas in einen stationären PC einzugeben, hat im Kampf um kompetente Kolleginnen und Kollegen schon verloren.“
Stirböck sieht im mobilen Arbeiten zudem einen Beitrag zu mehr Arbeitnehmersouveränität. „Es gibt den Beschäftigten

Yanki Pürsün:

„Es hilft sehr, von überall arbeiten zu können, wo der Kalender mich hinführt. Diese Chance wollen wir jedem ermöglichen.“

Stefan Müller:

„Mobiles Arbeiten schafft Freiheit und Flexibilität. Ich habe überall und jederzeit Zugriff auf meine Unterlagen, kann auch dann arbeiten, wenn ich gerade mal nicht im Büro bin, und muss nicht haufenweise Papier mit mir herumschleppen."

mehr Flexibilität und macht Beruf und Privatleben besser vereinbar – allein schon, weil die Pendelzeiten wegfallen. Das spart Zeit und entlastet darüber hinaus die Umwelt."
Mobiles Arbeiten erfordert allerdings eine gute digitale und technische Infrastruktur: „Umfassend gelingen kann das mobile Arbeiten erst dann, wenn es landesweit eine gute und stabile Internetversorgung, will heißen eine flächendeckende Breitband-Glasfaser-Infrastruktur, gibt. Für diese kämpfen wir Freie Demokraten seit Langem. Leider hinkt Hessen diesbezüglich anderen Bundesländern hinterher – und das, obwohl Hessen eine Digitalministerin hat", ärgert sich Stirböck. In dieses Bild passt, dass laut einer Umfrage des Kompetenzzentrums Öffentliche IT in keinem Flächenbundesland mehr Beschäftigte angegeben haben, dass sie 2020 aufgrund ihrer mangelhaften Internetverbindung nicht von zu Hause aus arbeiten konnten. Konkret waren es 14,6 Prozent. Gleichzeitig haben aber 55,9 Prozent der Befragten in Hessen angegeben, dass sie zumindest gelegentlich von zu Hause aus ihren Job erledigen. Das ist der zweithöchste Wert bundesweit. „Das zeigt, dass der Bedarf an mobilem Arbeiten gegeben ist und es höchste Zeit wird, hier aktiv zu werden und die Voraussetzungen zu schaffen. Das bedeutet zum Beispiel, mobile Geräte und Dockingstations anzuschaffen", sagt Stirböck.

Stefan Müller kennt als Innenexperte der Landtagsfraktion die Interessen, aber auch die Herausforderungen für die Landesverwaltung. Zum Beispiel müssen die Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Datensicherheit und

Marion Schardt-Sauer:

„Mobiles Arbeiten spart Zeit und gibt Freiheit."

Matthias Büger:

„Mobiles Arbeiten erlaubt mir, am selben Tag Termine in Wiesbaden und in meinem Wahlkreis wahrzunehmen. So bin ich zugleich nahe an der Landespolitik und nahe an den Menschen vor Ort."

den Arbeitsschutz gewährleistet werden. „Mobiles Arbeiten soll nach unserer Vorstellung überall dort möglich sein, wo dienstliche Belange nicht entgegenstehen und es mit der Tätigkeit vereinbar ist. Die Sachbearbeiterin kann auch zu Hause am Laptop sitzen, aber der Pförtner des Ministeriums muss natürlich an Ort und Stelle die

Lisa Deißler:

„Ich liebe es, mir meinen Tag frei einzuteilen. Ich empfinde es nicht als Bürde, sondern als großes Privileg abends auf der Couch Mails abarbeiten zu können. Dafür kann ich am nächsten Tag vielleicht mal eine lange Mittagspause machen. Das lebe ich nicht nur selbst, sondern auch mit meinem Team."

Augen offenhalten", veranschaulicht Müller. Der Vorschlag der Freien Demokraten sieht konkret vor, dass die Beschäftigten bei einer Fünf-Tage-Woche zwei Tage mobil arbeiten können. Wer in Teilzeit tätig ist, soll ebenfalls 40 Prozent mobil arbeiten dürfen.
Die Freien Demokraten haben bei ihrem Vorstoß, mit dem sie die Landesverwaltung zum Vorbild machen wollen, sowohl an die Beamten als auch an die Tarifbeschäftigten gedacht. Formal bedeutet das, dass sie in Bezug auf die Beamten einen Gesetzentwurf mit der Überschrift „Recht auf mobiles Arbeiten für Landesbeamte – Flexibilität und Attraktivität des öffentlichen Dienstes stärken" vorgelegt haben. Mit einem Antrag sollen die gleichen Voraussetzungen für Tarifbeschäftigte geschaffen werden. „Wichtig ist, dass das Thema Fahrt aufnimmt und als große Chance begriffen wird. Wir Freie Demokraten sind hier gern Vorreiter – nicht nur, was unser eigenes Arbeitsmodell betrifft, sondern auch in Bezug auf die Möglichkeiten, die wir anderen geben wollen", sagt Fraktionschef René Rock.

Jörg-Uwe Hahn:

„Mobiles Arbeiten schenkt mir die Freiheit, meinen Arbeitsort selbst zu wählen. Zudem bietet es auch aus ökologischer Sicht viele Mehrwerte."

Stefan Naas:

„Es macht Freude, wie leicht es ist, auch über Stadt- und Landgrenzen jederzeit zusammenarbeiten zu können."

© west/iStock/Getty Images Plus

InnenStadtLeben

Wie sieht die Zukunft unserer Innenstädte aus?

Zum ersten Mal seit Langem ist Stefan Naas wieder in der Frankfurter Innenstadt unterwegs. Die Zeil hat sich seit der Corona-Krise verändert. Es sind einige Geschäfte, die auf Hessens größter Einkaufsmeile verschwunden sind. Naas bleibt vor einem leerstehenden Geschäft stehen: „Der Einzelhandel hatte schon vor der Corona-Krise Probleme. Aber Corona hat vielen Geschäften den Rest gegeben." Wegen der Pandemie fiel auch das sonst so umsatzstarke Weihnachtsgeschäft im vergangenen Jahr verheerend aus: Statt Weihnachtsmärkte, lange Schlangen und klingelnde Kassen gab es ausgestorbene Fußgängerzonen, verlassene Plätze und Geschäftsaufgaben. „Das ist für keine Innenstadt leicht zu verkraften, egal wie stark sie vielleicht noch vor der Krise aufgestellt war", stellt der Sprecher der FDP-Landtagsfraktion für Wirtschaft, Raumordnung und Regionalplanung fest. Bereits in der Sitzung des Hessischen Landtags im Dezember 2020 hatte Naas gemeinsam mit der Landtagsfraktion Initiative für die Wiederbelebung der Innenstädte ergriffen. Die Freien Demokraten wollten nicht nur die Landesmittel für die Kommunen erhöhen, sondern es auch möglich machen, dass der Einzelhandel bis Mitte 2022 an vier Sonntagen im Jahr ohne Anlassbezug öffnen darf – darunter auch an zwei Adventssonntagen im Jahr 2021. „Das haben die Regierungsfraktionen mit ihrer Mehrheit leider abgelehnt", zeigte sich Naas damals enttäuscht.

Was der frühere Steinbacher Bürgermeister heute in Frankfurt sieht, beobachtet er seit einigen Jahren in vielen, vor allem kleineren Gemeinden: Der innerstädtische Einzelhandel hat es schwer, sich gegen den Online-Han-

del zu behaupten. „Mittlerweile bekommt man im Netz einfach alles", sagt der frühere Bürgermeister. „Auch wenn ich persönlich dort niemals Schuhe oder Brillen kaufen würde, weiß ich, dass es immer weniger Menschen so halten wie ich." Für den innerstädtischen Einzelhandel sieht der Landes- und leidenschaftliche Regionalpolitiker deshalb vor allem in solchen Angeboten eine Chance, die der Internethandel dem Kunden nur schwer oder gar nicht machen kann. „Eine Lieferung noch am selben Tag kann vor Ort viel besser organisiert werden, beispielsweise durch einen gemeinsamen Fahrradlieferdienst." Mit Angeboten wie diesen könnten oft auch neue Kunden gewonnen werden. Auch Nischenangebote sieht Naas vielversprechend. „Wer seinen Kunden ein Angebot an den Rändern macht – zum Beispiel mit Schuhen in unterschiedlichen Weiten, mit maßkonfektionierten oder orthopädisch umgearbeiteten Schuhen oder sogar mit einem Schuhsortiment, das zielgenau auf Menschen ohne Internetzugang zugeschnitten ist –, wird sich wahrscheinlich eher über Kunden freuen können als diejenigen Läden, die die gleiche Ware anbieten, die es in jedem zweiten Online-Shop zu kaufen gibt." Dabei spielen auch Kundenberatung und -bindung eine wesentliche Rolle.

„Den Strukturwandel der Innenstädte werden wir nicht aufhalten können, aber wir können ihn in eine bessere Richtung steuern", ist Naas optimistisch. Vor vielen Wochen war er auf die Suche nach innovativen Ideen und neuen Konzepten gegangen, um Hessens Innenstädte für Einheimische und Touristen, Händler und Gastronomen, Kulturliebhaber und Veranstalter wieder attraktiv zu machen. Gemeinsam mit Experten der Industrie- und Handelskammern und Verbänden, Gewerbetreibenden sowie kommunalen Vertretern aus ganz Hessen hat er sich in mehreren Dialogen darüber ausgetauscht, wie die Verödung gestoppt und die Zukunft der Innenstädte gestaltet werden könnte. Eine daraus entstandene Idee ist die Stärkung und Unterstützung von Pop-up-Stores, also von kurzfristigen und provisorischen Einzelhandelsangeboten, die vorübergehend in leerstehenden Ladengeschäften betrieben werden. „Pop-up-Stores bieten den Anreiz, dass immer neue, teils ungewöhnliche Angebote entstehen. Das schafft Frequenz, von der auch die umliegenden Gewerbetreibenden profitieren", erklärt Naas. Kommunen könnten leerstehende Immobilien kaufen oder mieten, um sie für Pop-up-Konzepte zur Verfügung zu stellen. In diesen Ladeneinheiten könnten sich dann Gewerbe-

© PIKSEL/iStock/Getty Images Plus

Foto: © Ninaras / wikipedia.org
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Central_Library_Oodi_in_Helsinki_04.jpg

Oodi-Bibliothek in Helsinki: ein Wohnzimmer für Bürgerinnen und Bürger im Herzen der Stadt.

treibende, aber auch Künstler präsentieren. „Alles ist besser als Leerstand!" Diese und andere Maßnahmen sollen nach Idee der Freien Demokraten durch das Land gefördert werden. Demnach soll jede Kommune eine Innenstadt-Förderung von 10 Euro pro Einwohner erhalten. Damit könnten auch weitere Maßnahmen wie zum Beispiel Carsharing-Angebote oder Fahrrad-Abstellplätze gefördert werden.

Aber Naas will noch mehr: Er möchte den hessischen Städten und Gemeinden einen neuen Lebensmittelpunkt geben, ihnen ein ganzes Wohnzimmer einrichten. Dabei will er nicht ein Sofa auf den Marktplatz stellen, sondern Bibliotheken eine neue Bedeutung geben: „Bibliotheken sind im Wandel. Sie sind längst nicht mehr nur Orte der Ausleihe und Rückgabe von Büchern, sondern Teil einer Bildungsinfrastruktur, Orte der Kultur und von Bedeutung für die demokratische Willensbildung", sagt Naas, der auch kulturpolitischer Sprecher seiner Fraktion ist. Mit ihrem Starke-Bibliotheken-Gesetz wollen die Freien Demokraten im Hessischen Landtag die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen schaffen. Nach dem Vorbild der Oodi-Bibliothek in Helsinki sollen auch die hessischen Bibliotheken als Wohnzimmer der Stadt zum gemeinsamen Verweilen der Bürgerinnen und Bürger einladen: Lesen, alleine für sich oder mit anderen, gemeinsam in digitalen Werkstätten am 3D-Drucker experimentieren, bei Veranstaltungen diskutieren, Kultur- und Theaterdarbietungen oder Filme ansehen – in hessischen Bibliotheken soll all das möglich sein – und zwar kostenlos, sieben Tage die Woche.

Naas ist überzeugt, dass eine belebte Bibliothek auch dem Einzelhandel helfen kann. Wie er auch heute wieder in Frankfurt beobachten kann, lockt hier vor allem das vielfältige kulturelle Angebot mehr Menschen und damit auch Kunden für den Einzelhandel in die Innenstadt. Aber jede noch so innovative Idee führt seiner Meinung nach nicht an einer unbequemen Wahrheit vorbei: „Wer auch in Zukunft noch Einzelhandel vor Ort haben will, muss auch dort kaufen", meint Naas.

Foto: © Bahnfrend / wikipedia.org
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Interior_Helsinki_Central_Library_Oodi,_2019_(02).jpg

In der Oodi-Bibliothek gibt es viele kreative Freiräume und digitale Werkstätten.

Bundestagswahl 2021

Unser Land moderner, digitaler und freier gestalten. Dafür sind wir Freie Demokraten bei der Bundestagswahl 2021 angetreten.
Gemeinsam haben wir einen intensiven und engagierten Wahlkampf geführt, geleitet von einem klaren inhaltlichen Profil. Das wurde von den Wählerinnen und Wählern honoriert. Erstmals haben wir Freie Demokraten bei aufeinander folgenden Bundestagswahlen zweistellige Ergebnisse erzielt. Von allen sechzehn Landesverbänden haben wir Hessen zudem das zweitbeste FDP-Ergebnis erreicht. Ein toller Erfolg! Es freut uns auch, dass uns besonders viele junge Wählerinnen und Wähler ihr Vertrauen geschenkt haben. Das zeigt, welche Überzeugungskraft unser liberales Politikangebot hat.
Ebenso erfreulich ist, dass sich die Landesgruppe der Freien Demokraten Hessen im Deutschen Bundestag durch den Wahlerfolg vergrößert hat. Mit nunmehr sieben Abgeordneten sind wir personell noch stärker in der 92-köpfigen Bundestagsfraktion vertreten. Die hessischen Anliegen werden in Berlin somit weiterhin bestens repräsentiert. Wir gratulieren den Gewählten auch an dieser Stelle nochmals recht herzlich und wünschen ihnen viel Erfolg für die parlamentarische Arbeit. **Gerne stellen wir Ihnen unsere Bundestagsabgeordneten kurz vor.**

Bettina Stark-Watzinger
Wahlkreis 181: Main-Taunus

Bundesministerin für Bildung und Forschung

„Mehr Fortschritt wagen" – mit diesem Anspruch wollen wir gemeinsam mit SPD und Grünen unser Land aus einer Koalition der Mitte heraus nach vorne bringen. Wir freuen uns, dass unsere Landesvorsitzende Bettina Stark-Watzinger als Bundesministerin für Bildung und Forschung dazu einen wichtigen Beitrag leisten wird. Wir gratulieren herzlich zum neuen Amt und wünschen bei der verantwortungsvollen Aufgabe viel Erfolg. Der Wechsel in die Exekutive erfordert das Verlassen der Parlamentarischen Geschäftsführung, die sie im Januar 2020 als Nachfolgerin von Dr. Stefan Ruppert übernommen hatte. Bei der Konstituierung der neuen Bundestagsfraktion wurde die Bad Sodenerin im Herbst 2021 mit 99 Prozent wiedergewählt.

Dr. Thorsten Lieb
Wahlkreis 183: Frankfurt am Main II

Till Mansmann
Wahlkreis 188: Bergstraße

Alexander Müller
Wahlkreis 178: Rheingau-Taunus – Limburg

Jürgen Lenders
Wahlkreis 174: Fulda

Katja Adler
Wahlkreis 176: Hochtaunus

Peter Heidt
Wahlkreis 177: Wetterau I

Bildnachweis – 1: Tobias Koch; 2: FDP Frankfurt; 3: Rina Zinman; 4: Büro Alexander Müller, MdB; 5: Archiv der Landtagsfraktion; 6: Daniela Steffek; 7: Yolanda Alexiev

Bundestagswahlkampf in Hessen

Nie gab es mehr zu tun. Das Motto der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2021 hat unseren Wahlkampf in Hessen geleitet. Mit medienwirksamen Aktionen haben wir auf den politischen Handlungsbedarf in unserem Land aufmerksam gemacht. Im Fokus standen dabei der dringend benötigte 5G-Netzausbau in der Stadt wie auf dem Land, die Chancen der Digitalisierung für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum sowie unsere Konzepte für eine zukunftsfähige Mobilität. Wir danken allen Bundestagskandidatinnen und -kandidaten sowie den engagierten Parteifreundinnen und Parteifreunden, die die gelungenen Aktionen mit ihrem Einsatz ermöglicht haben, für die tolle Unterstützung. Die Highlights der hessischen Wahlkampfaktionen haben wir kurz für Sie zusammengetragen. Schauen Sie sich gerne auch noch einmal die zugehörigen Videos an, die Sie hier verlinkt finden.

Alle Fotos: © FDP Landesverband Hessen

Stadt, Land, Datenfluss.

Mit Schaufeln, Kabeltrommel und Bagger haben wir hessische Freidemokraten für eine Neuausrichtung der deutschen Digitalpolitik geworben. „Schnelles Internet darf kein Privileg der Städte sein, sondern muss auch im ländlichen Raum flächendeckend zur Verfügung stehen. Um dieser Forderung Ausdruck zu verleihen, haben wir ein symbolisches Glasfaserkabel verlegt“, erklärt unser Generalsekretär Moritz Promny die Aktion und ergänzt: „Die Chancen, die uns die Digitalisierung bietet, sind zu groß, um sie leichtfertig zu verspielen.“ Wir Freien Demokraten fordern den flächendeckenden Ausbau von hochleistungsfähigen Mobilfunknetzen bis 2025 und setzen uns für mehr Wettbewerb auf dem Mobilfunkmarkt ein.

VIDEO:
https://youtu.be/zw2IZNBagzM

5G an jeder Milchkanne.

GPS-gesteuerte Traktoren, Melkroboter, ein „Kuh-GPS“, das die Standorte der Kühe in Echtzeit erfasst – Smart Farming bietet große Chancen für die Landwirtschaft. Das wurde bei einem Besuch unserer Landesvorsitzenden Bettina Stark-Watzinger im landwirtschaftlichen Familienbetrieb von Andrea Rahn-Farr im Wetteraukreis noch einmal deutlich. „Digitalisierung in der Landwirtschaft findet bereits statt. Was vielerorts aber noch fehlt, ist die technische Infrastruktur. Wir brauchen 5G an jeder Milchkanne. Um den ländlichen Raum als Wohn- und Arbeitsort insgesamt noch attraktiver zu machen, muss schnelles Internet als Voraussetzung für digitale Lernangebote und mobiles Arbeiten flächendeckend zur Verfügung stehen“, so Stark-Watzinger.

VIDEO:
https://youtu.be/4AW3sYOzvjg

Mobilität ist Freiheit – Innovationen statt Verbote.

Für uns Freie Demokraten ist Mobilität Ausdruck gelebter Freiheit. Wir stehen für eine technologieoffene Verkehrspolitik, ohne ideologische Scheuklappen. Dafür haben wir an einem Aktionstag vor den Opel-Werkstoren in Rüsselsheim geworben. Ausgestattet mit Flyern und frischen Brezeln, sind unsere hessischen Bundestagskandidatinnen und -kandidaten auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort zugegangen und mit ihnen ins Gespräch gekommen. „Damit Deutschland auch in Zukunft ein wichtiger Mobilitätsstandort bleibt, wollen wir technologische Innovationen fördern. Neben der Elektromobilität bieten Wasserstoff und alternative Kraftstoffe Chancen, die wir nutzen müssen. Statt auf Verbote und ideologische Vorgaben setzen wir auf den Erfindergeist unserer klugen Ingenieurinnen und Ingenieure“, unterstreicht unsere Landesvorsitzende Bettina Stark-Watzinger.

VIDEO:
https://youtu.be/lK-5tucCiTE

Sieg für die Schuldenbremse

Am 27. Oktober hat der Staatsgerichtshof des Landes Hessen sein Urteil über das hessische Corona-Sondervermögen gesprochen. Die Fraktionen von Freien Demokraten und SPD hatten gemeinsam dagegen geklagt – und Recht bekommen: Der schwarz-grüne Schattenhaushalt ist mit der Hessischen Verfassung nicht vereinbar. Wir sprechen mit René Rock, dem Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion, und dem Verfahrensbevollmächtigten der Antragsteller, Prof. Dr. Christoph Gröpl, über den Ausgang des Verfahrens.

Herr Rock, wie zufrieden sind Sie mit dem Urteil der obersten Richter des Landes?

René Rock: Ich bin mit dem Urteil sehr zufrieden. Es lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Das Gute-Zukunft-Sicherungsgesetz ist in seiner Umfänglichkeit vom Staatsgerichtshof als verfassungswidrig eingestuft worden und muss nun von der Landesregierung überarbeitet, oder besser noch außer Kraft gesetzt werden. Das ist ein großer Erfolg für all diejenigen, die die Schuldenbremse für richtig und notwendig erachten.

Steht die Landesregierung vor den Trümmern ihrer Politik?

Rock: So kann man das zugespitzt formulieren, weil das Sondervermögen die finanzielle Grundlage für viele Projekte der schwarz-grünen Landesregierung ist. Und da diese Grundlage nach dem Urteil nicht mehr zur Verfügung steht, müssen sich CDU und Grüne grundsätzlich überlegen, wie sie weiterhin ihre Politik finanzieren wollen. Das beinhaltet auch die Überprüfung aller Maßnahmen, die sie bisher geplant hatten.

Sie haben von Anfang an am hessischen Sondervermögen gezweifelt. Wo hat die Landesregierung Ihrer Meinung nach Fehler gemacht?

Rock: In allen Landtagen hat es während der Corona-Krise ein einvernehmliches Agieren von Regierung und Opposition gegeben – nur in Hessen nicht. Hier hat die Landesregierung aus unserer Sicht die Krise instrumentalisiert, um sich finanzielle Reserven zu verschaffen bis hin zu einem Wahlkampfbudget bis 2023. Und dafür war sie auch bereit, die politische Kultur zu opfern. Wir waren uns in Hessen einmal einig, und die Bevölkerung sah das mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit auch so, dass wir seriöse Finanzen wollen. Dies hat die Landesregierung mit ihrem Sondervermögen ausgehebelt – und damit auch die politische Kultur und die Stellung des Parlaments.

Prof. Gröpl ist Inhaber des Lehrstuhls für Staats- und Verwaltungsrecht, deutsches und europäisches Finanz- und Steuerrecht an der Universität des Saarlandes und hatte bereits in der Vergangenheit vor allem bei Prozessen rund um die Verfassungsmäßigkeit von öffentlichen Haushalten Erfolge erzielt.

Was haben die Richter als Fehler identifiziert?

Prof. Christoph Gröpl: Hier sind mehrere Punkte zu nennen: zum einen die wahllose Bildung von Sondervermögen neben dem Haushalt. Aus gutem Grund gibt es in Deutschland die Haushaltsgrundsätze der Vollständigkeit, Einheit und Gesetzförmigkeit, die bis auf die preußischen Verfassungen von 1848 und 1850 zurückgehen. Das heißt, alle Einnahmen und Ausgaben, die der Staat tätigt, müssen im Haushaltsplan veranschlagt und vom Parlament bewilligt werden. Diesen Grundsätzen schadet die „Flucht" aus dem Haushalt, zum Beispiel durch Bildung von Sondervermögen und Ähnlichem. Dies schwächt die demokratische Macht des Parlaments, denn der Haushalt ist jährlich vom Parlament zu bewilligen. Zum anderen geht es um die Frage, wofür Schulden aufgenommen werden dürfen. Das ist die zentrale Frage des Verfahrens vor dem Staats-

gerichtshof gewesen: Ist es zulässig, die Pandemie zum Anlass zu nehmen, um andere öffentliche Zwecke mit Krediten zu finanzieren? Mit Krediten, die eigentlich nur zur Bekämpfung von Covid-19 dienen sollen? Dass der Staatsgerichtshof das klar verneint hat, ist für mich das Wichtigste: Es muss stets ein konkreter Veranlassungszusammenhang bestehen zwischen der Aufnahme von Notlagen-Krediten und dem Einsatz dieser Mittel.

In welchem Fall dürfen in einer Notlage also Schulden gemacht werden?

Gröpl: Dass die Corona-Pandemie eine Naturkatastrophe oder eine Notsituation im Sinne der Schuldenbremse ist, stand nicht in Frage. In Frage stand allerdings, wofür in solch einem Fall Kredite aufgenommen werden dürfen. In Deutschland gilt seit 2016 für den Bund und seit 2020 für die Länder die Schuldenbremse. Sie besagt, dass der Staat grundsätzlich keine neuen Schulden mehr aufnehmen darf, es sei denn, es herrscht eine Naturkatastrophe oder eine andere außergewöhnliche Notsituation. Diese Notlagen darf die Politik allerdings nicht dazu missbrauchen, um Schulden zur Finanzierung ganz anderer Projekte aufzunehmen, zum Beispiel zum Klimaschutz, zur Einstellung von neuem Personal oder für die Digitalisierung. Das mögen sehr begrüßenswerte Staatsziele sein, aber sie dürfen eben gerade nicht mit Krediten finanziert werden, schon gar nicht mit „Corona-Krediten".

Außer Hessen haben auch einige andere Länder Sondervermögen geschaffen. Was bedeutet das Urteil nun für diese Länder?

Gröpl: Das Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofs gilt formal nur für Hessen. Aber natürlich wird man im Bund und in den anderen Ländern sehr genau hinschauen, was der Staatsgerichtshof den Hessen ins Urteil hineingeschrieben hat. Ich gehe davon aus, dass sich die zukünftige Handhabung der Schuldenbremse auf Bundesebene und in anderen Ländern an diesem Urteil orientieren wird. Wann immer eine Notlage eintreten wird und die Politik deren Bekämpfung mit Staatsschulden finanzieren möchte, muss der konkrete Veranlassungszusammenhang zwischen Kreditfinanzierung und Bekämpfungsmaßnahmen dargelegt werden.

In der FDP-Landtagsfraktion haben neben René Rock vor allem Haushalts- und Finanzpolitikerin Marion Schardt-Sauer sowie Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn, Vizepräsident des Hessischen Landtags, an der Klage gegen das Sondervermögen gearbeitet.

Was hat Hessen anders gemacht als andere Länder?

Gröpl: Hessen war besonders kühn in der Ausdehnung der Kreditermächtigung zugunsten des Finanzministers, die bis zum 31. Dezember 2023 gelten sollte – ohne dass das Landtagsplenum dazwischen noch einmal gefragt worden wäre. So dreist waren nicht alle Länder.

Inwiefern widerspricht das hessische Sondervermögen der Landesverfassung?

Gröpl: Normalerweise hat das Parlament als der unmittelbare Vertreter des Souveräns für jedes Jahr aufs Neue zu entscheiden, wofür die öffentlichen Einnahmen verwendet werden. Davon wollten Landesregierung und Landtagsmehrheit – bis Ende 2023 – 12 Milliarden Euro herausnehmen zur – überspitzt ausgedrückt – „persönlichen" Verfügung des Finanzministers. Er hätte in Abstimmung mit seinen Kabinettskollegen allein entscheiden können, wofür diese 12 Milliarden Euro ausgegeben werden; der gesetzliche Rahmen war – wie der Staatsgerichtshof bestätigt hat – zu weit. Landtagsplenum, Öffentlichkeit und Steuerzahler wären außen vor geblieben.

Herr Rock, was ist für Sie das Bedeutsamste am Urteil?

Rock: Die hessischen Bürgerinnen und Bürger haben sich bei der Volksabstimmung 2011 zu zwei Dritteln für die Schuldenbremse ausgesprochen. Einmal, weil sie seriöse Finanzpolitik wollen, und einmal, weil sie wissen, dass Schulden nicht nachhaltig sind. Und die Schuldenbremse hat jetzt wieder große Unterstützung erfahren und damit auch der Wille der hessischen Bürger und Bürgerinnen. Das ist toll! Das zeigt, die Demokratie funktioniert. Und eine Regierung kann nicht einfach machen, was sie will. Wir haben auch künftig in Hessen eine Schuldenbremse, die dafür sorgt, dass die Regierenden genau überlegen müssen, was sie mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger machen.

Ist die Schuldenbremse – auch angesichts einer Krise wie Corona – noch zeitgemäß oder braucht es eine Reform?

Rock: Die Schuldenbremse ist absolut zeitgemäß. In Krisensituationen lässt sie Reaktionsmöglichkeiten des Staates zu, aber nur zur Bewältigung der Krise, und dann greift sie eben wieder im normalen Verfahren. Und das war ja genau unsere Kritik, dass man die Krise versucht hat auszunutzen, um unter dem Vorwand der Krisenbewältigung Wohlfühlprojekte der Koalition auf Schuldenbasis umzusetzen.

Fotos: © Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Künstliche Intelligenz in der Schule

Die größten Mythen

© demy89/iStock/Getty Images Plus

Im Rahmen der Digitalisierung der Bildung wird immer wieder auch über Künstliche Intelligenz diskutiert. In Ländern wie den USA, China oder Japan ist sie bereits Realität und wird dort in Schulen zu unterschiedlichen Zwecken eingesetzt. In Deutschland gibt es viele Vorbehalte – vor allem in der politischen Diskussion. frei.hessen räumt mit den gängigsten Mythen zu KI im Schulunterricht auf. Schließlich bietet KI die große Chance, Schülerinnen und Schüler beim individuellen Lernen und in ihrer Selbstständigkeit zu fördern und ihre eigenen Potenziale noch besser zu entfalten.

Mythos 1: „Roboter sollen Lehrkräfte ersetzen“

Die besonderen Möglichkeiten, die KI im Bildungsbereich bietet, liegen nicht darin, dass Lehrkräfte durch Roboter ersetzt werden, sondern vielmehr darin, dass sie bei zeitraubenden Routineaufgaben unterstützt und entlastet werden. KI kann unter anderem Zeichen, Texte und Sprache erkennen oder sogar automatisiert übersetzen. So kann sie beispielsweise die automatisierte Korrektur von Hausaufgaben, Tests und Klausuren übernehmen, während sich Lehrerinnen und Lehrer mehr auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Außerdem können sie dank KI ihren Unterricht zielgerichteter gestalten. Mittels der so genannten Learning Analytics lassen sich zum Beispiel Erkenntnisse darüber gewinnen, wie gut Schülerinnen und Schüler auf eine Prüfung vorbereitet sind. Lehrkräfte können entsprechend ihren Unterricht vor einer Prüfung anpassen.

Was ist Künstliche Intelligenz?

Künstliche Intelligenz (KI), auch artifizielle Intelligenz (AI) genannt, befasst sich mit der Automatisierung intelligenten Verhaltens und dem maschinellen Lernen. Künstliche Intelligenz bezieht sich auf digitale Systeme, welche in der Lage sind, in strukturierten (z. B. Antworten in einem standardisierten Test) und unstrukturierten Daten (z. B. Text eines Aufsatzes) aus ihrer physischen oder digitalen Umgebung Muster zu erkennen und daraus Modelle zu entwickeln.

Quelle: Wikipedia / Initiative D21

Mythos 2: „Wir wollen nicht, dass unsere Kinder von Robotern kontrolliert werden“

Die Möglichkeiten beim Einsatz von KI in der Schule liegen nicht in der Kontrolle von Kindern, sondern vielmehr darin, dass sie noch individueller gefördert werden können. So lassen sich mittels KI individuelle Lernprofile erstellen, die die persönlichen Stärken, Schwächen, Präferenzen sowie den Lernfortschritt eines Schülers oder einer Schülerin aufzeigen. Auf dieser Grundlage kann die Künstliche Intelligenz individuelle Aufgaben und Hilfestellungen anbieten. Auch können intelligente Schulbücher eingesetzt werden, die die Schülerin bzw. den Schüler beim individuellen Lernen noch besser unterstützen. Mittels Augmented Reality können sowohl die Blickbewegungen als auch der Lesefluss erfasst und beispielsweise unbekannte Wörter erkannt und durch das Anzeigen von Definitionen, Übersetzungen oder Erklärvideos erläutert werden. Auf diese Weise kann KI auch Probleme bei kognitiven Fähigkeiten ausgleichen und Lernschwächen wie Dyskalkulie und Legasthenie schneller erkennen.

Mythos 3: „Unsere Kinder hocken dann nur noch vor dem Computer“

Die digitale Welt macht vor den Schulen nicht halt. Smartphone, Laptop & Co. gehören zum Alltag der Schülerinnen und Schüler. Während sie digitale Endgeräte als Informations- und Kommunikationsmedien nutzen, kommen sie als Lehr- und Lernmittel bisher kaum zum Einsatz. Dabei gehört zu den Aufgaben unseres Bildungssystems, ihre Medienkompetenz und ihre digitalen Fähigkeiten zu stärken. KI im Unterricht führt also nicht dazu, dass unsere Kinder mehr Zeit vor Bildschirmen verbringen. Vielmehr werden die Chancen der Digitalisierung auch im Schulbereich genutzt – immer klug verbunden mit analogen Lernmethoden. So nutzt man das Beste aus beiden Welten.

Heute entschiedener als damals

Unser Ehrenvorsitzender Dr. Hermann Otto Solms blickt in seiner Autobiografie „Frei heraus. Mein selbstbestimmtes Leben“ auf ereignisreiche Jahrzehnte in der Politik zurück. Wir haben uns über einige Schlaglichter seiner beeindruckenden Laufbahn mit ihm unterhalten.

Welche war die prägendste Figur, die Ihnen in Ihrem politischen Leben begegnet ist?

Lieselotte Funke, bei der ich gelernt habe, ein Gefühl für Arbeitsethik zu entwickeln und Respekt für Menschenrechte allgemein und Gleichberechtigung im Besonderen. Außerdem Otto Graf Lambsdorff, bei dem ich gelernt habe, die Grundprinzipien der Marktwirtschaft in politisches Handeln umzusetzen.

Wenn Sie die heutige Politik mit der aus Ihrer politischen Anfangszeit vergleichen: Gibt es etwas, das Sie im Laufe der Zeit vermisst haben?

Ich vermisse die etwas ruhigere Gangart, die einem mehr Zeit für grundsätzliches Nachdenken gegeben hat. Das ist in der heutigen, von sozialen Medien getriebenen Zeit kaum noch möglich.

In Ihrer Autobiografie heißt es: „Ich wollte in einer Partei mitarbeiten, die gesellschaftliche Stimmungen aufnimmt und zukunftsweisende politische Konzepte daraus entwickelt.“ Würden Sie als junger Mann heute nochmal in die FDP eintreten?

Ja, heute noch entschiedener als damals.

In Ihrer Abschiedsrede im Deutschen Bundestag haben Sie den Mauerfall am 9. November 1989 als „bewegendsten Augenblick in der Geschichte meiner parlamentarischen Tätigkeit“ bezeichnet. Welche Erinnerungen haben Sie an diesen historischen Tag?

Das spontane Singen der Nationalhymne durch die Abgeordneten im Bonner Wasserwerk nach Bekanntgabe des Mauerfalls. Das war historisch ein einmaliger Augenblick, bei dem sich die Parteigrenzen durch die gemeinsamen patriotischen Emotionen für einen Augenblick völlig aufgelöst haben.

Als größte Enttäuschung Ihrer Laufbahn haben Sie das Scheitern der FDP an der Fünf-Prozent-Hürde 2013 bezeichnet. Inwiefern haben Sie Ihre letzte Legislaturperiode als Bundestagsabgeordneter als persönliche Genugtuung empfunden?

© Dr. Hermann Otto Solms

Ich habe schon am Wahlabend 2013 zu meinen Mitarbeitern gesagt: Wenn wir die richtigen Schlüsse aus dieser Niederlage ziehen und einen mutigen Neuanfang wagen, steckt darin auch eine große Chance. Dass ich an diesem Neuaufbau mitarbeiten durfte, war eine spannende Aufgabe, diese wurde durch das gute Wahlergebnis 2017 belohnt.

Hat die Corona-Pandemie Ihre Einstellung zum Leben verändert? Und wenn ja, wie?

Die Pandemie hat uns allen bewusstgemacht, dass das Leben in Wohlstand und Sicherheit jeden Tag neu erkämpft werden muss. Und ich weiß das Leben auf dem Land jetzt noch höher zu schätzen.

Bitte vervollständigen Sie den Satz: „Wenn ich mit etwas Distanz auf mein Leben in der Politik zurückblicke, …“

… dann kann ich mit Zufriedenheit feststellen, an den wichtigen Weggabelungen meines Lebens die richtigen Entscheidungen getroffen zu haben.

Dr. Hermann Otto Solms wurde am 24. November 1940 in Lich geboren. Der studierte Wirtschafts- und Agrarwissenschaftler trat 1971 in die FDP ein und saß von 1980 bis 2021 fast durchgehend im Deutschen Bundestag. Der langjährige Fraktionsvorsitzende und Bundesschatzmeister wurde 2017 zum Ehrenvorsitzenden der Bundestagsfraktion und 2020 zum Ehrenvorsitzenden der Bundespartei gewählt. In seiner letzten Legislaturperiode, die er als Alterspräsident eröffnet hatte, war er der dienstälteste FDP-Abgeordnete. Solms wurde 2019 das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband verliehen. Er war zuvor bereits Träger des Großen Verdienstkreuzes und des Großen Verdienstkreuzes mit Stern.

Neue Köpfe, neue Chancen

9 von über 1.300 Neumitgliedern

Mitmachen – mitgestalten! Unsere Partei lebt von aktiven Mitgliedern, die sich mit ihren individuellen Fähigkeiten und ihrem Wissen einbringen. Gemeinsam setzen wir uns in Hessen wie auf Bundesebene für ein modernes, digitales und freies Land mit starker sozialer Marktwirtschaft und bester Bildung ein. Es freut uns ganz besonders, dass wir in diesem Jahr mehr als 1.300 Neumitglieder bei den Freien Demokraten in Hessen begrüßen durften. Einige von ihnen haben im September am Neumitgliederseminar im Hessenpark teilgenommen und sich dabei über die Partei und die sich bietenden Mitwirkungsmöglichkeiten informiert.

Es ist erfreulich, dass besonders viele junge Menschen den Weg zu uns gefunden haben. Diese tolle Entwicklung unterstreicht, wie groß der Zuspruch für liberale Politik ist. Gerne stellen wir Ihnen hier einige Neumitglieder vor, die über ihre persönliche Motivation für die Mitgliedschaft bei den Freien Demokraten berichten. Schnell wird klar: **Es gibt viele Gründe für eine Mitgliedschaft bei den Freien Demokraten.**

MIRJA BRUNNENDORFER

Alter: 22 Jahre
Beruf: Studentin der Rechtswissenschaften
Wohnort: Schwalmstadt-Treysa

» Weil ich davon überzeugt bin, dass der Staat einen Rahmen schaffen muss, in dem sich jeder Bürger frei entfalten und seine Ziele durch eigene Leistung erreichen kann. Außerdem liegen mir Bildung und Digitalisierung besonders am Herzen. «

VIKTORIA HAJTOS

Alter: 23 Jahre
Beruf: Studentin
Wohnort: Bad Emstal

» Weil sich die FDP konsequent für die Freiheit des Individuums und der Wirtschaft einsetzt. Die Erneuerung des liberalen Aufstiegsversprechens ist meine Herzensangelegenheit. Dabei möchte ich mithelfen, fleißigen Menschen Steine aus dem Weg zum sozialen Aufstieg zu räumen. «

SOPHIA VON RUNDSTEDT

Alter: 49 Jahre
Beruf: CEO von Rundstedt & Partner
Wohnort: Frankfurt am Main

» Weil die FDP für Eigenverantwortung und Zuversicht steht – beides Werte, die mir persönlich und in meiner Rolle als Familienunternehmerin enorm wichtig sind. Um unser Land und unsere Gesellschaft fit zu machen für die Zukunft, gilt es, offen für Veränderung zu sein, mutig Neues auszuprobieren und keine Angst vor Fehlern zu haben. Denk- und Sprechverbote sind fehl am Platz, Blockadehaltung und Perfektionismus ebenso. Für mich ist die individuelle Freiheit ein hohes Gut. In der Corona-Pandemie ist die FDP beispielhaft für die Verteidigung unserer bürgerlichen Freiheitsrechte eingetreten, ohne in eine Blockadehaltung zu verfallen. «

ANNIKA RÜTTER

Alter: 26 Jahre
Beruf: Chemielaborantin
Wohnort: Maintal

» Weil jeder die Möglichkeit haben sollte, sein Leben selbstverantwortlich so zu gestalten, wie er oder sie das möchte. «

JACQUES CASEZ

Alter: 54 Jahre
Beruf: Unternehmer
Wohnort: Darmstadt

» Weil ich kein Freund von Extremen bin, sondern eine Politik unterstützen möchte, die verbindet. Und weil die Politik den Mittelstand unterstützen sollte. Ich will Darmstadt besser machen, will zunächst lokal gestalten, statt verwalten. «

MELINA-SANDRIN AMIRZADEH

Alter: 20 Jahre
Beruf: Schülerin
Wohnort: Offenbach

» Weil mir meine Zukunft wichtig ist und Corona uns vor Augen geführt hat, wie sehr politische Entscheidungen über unsere Zukunft entscheiden können. So hat Corona auch die Defizite bei der Digitalisierung an den Schulen aufgezeigt – die FDP stand und steht hier für mehr Tempo. «

BENEDIKT SOHL

Alter: 21 Jahre
Beruf: Auszubildender Industriekaufmann bei der Daimler AG
Wohnort: Rabenau/Rüddingshausen

» Weil sich immer mehr junge Menschen von linken Versprechen fehlleiten lassen und das Verhältnis zu Leistung und Wertschöpfung verlieren. Der entscheidende Anstoß war, dass sich das Anmelden eines Nebengewerbes bei den Behörden über Wochen hingezogen hat – das sollte auch einfacher gehen. «

MAURICE ZETTL

Alter: 42 Jahre
Beruf: QA & Testing Lead Engineer
Wohnort: Hirschhorn (Neckar)

» Weil ich mich nicht länger nur über Politik beklagen wollte und weil ich selbst aktiv werden wollte. Weil die FDP Selbstbestimmung, Fortschritt und Digitalisierung verkörpert. «

VIVIEN FUCHS

Alter: 20 Jahre
Beruf: Auszubildende zur Gesundheits- und Krankenpflegerin
Wohnort: Schöffengrund

» Weil ich helfen will, die freiheitlich-demokratische Ordnung zu schützen und Deutschland ein Stückchen liberaler zu machen. «

Fotos: Sophia von Rundstedt © v. Rundstedt & Partner GmbH; alle übrigen © Privat

Persönliches

Veränderungen in der Landtagsfraktion

Lisa Deißler

Dr. Matthias Büger

Beide Fotos: © Archiv der Landtagsfraktion

Die Bundestagswahl hat auch zu Veränderungen in der hessischen Landtagsfraktion geführt. Für Jürgen Lenders, der in den Bundestag gewählt wurde, ist mit Wirkung vom 26. Oktober Lisa Deißler in den Hessischen Landtag nachgerückt. Mit der 28-jährigen Marburgerin ist nach Wiebke Knell die zweite JuLi-Spitzenkandidatin in den Landtag eingezogen. Als neuer Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag ist Dr. Matthias Büger gewählt worden.

Bezirksvorsitzender

Dennis Pucher

© FDP Kreisverband Gießen

Dennis Pucher aus Lich ist neuer Bezirksvorsitzender der Freien Demokraten in Mittelhessen. Der Bezirksparteitag wählte den Gießener Kreisvorsitzenden kurz vor der Bundestagswahl in das neue Amt, das er vom Kreisvorsitzenden der FDP Lahn-Dill, Dr. Matthias Büger, übernahm. Wir gratulieren ihm herzlich zur Wahl.

40. Geburtstag

Wiebke Knell

© Archiv der Landtagsfraktion

Unsere stellvertretende Landesvorsitzende Wiebke Knell feierte am 24. Oktober ihren 40. Geburtstag. Die Schwälmerin und frischgebackene zweifache Mutter ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für den Ländlichen Raum, Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie für Frauen, Gleichstellung und Diversity. Die passionierte Jägerin gehört dem Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an. Sie ist seit 2005 Mitglied im Landesvorstand und gehört seit 2015 auch dem Präsidium der hessischen FDP an.

85. Geburtstag

Klaus-Jürgen Hoffie

© Regina Trabold

Klaus-Jürgen Hoffie konnte am 14. Oktober seinen 85. Geburtstag begehen. Der aus Ostpreußen stammende Südhesse blickt auf ein ereignisreiches Leben in der Politik zurück. Während er dem Landesvorstand der FDP Hessen von 1971 bis 2005 ununterbrochen angehörte, stand er dem Bezirksverband Südhessen-Starkenburg fast drei Jahrzehnte lang vor. Im Juni 1981 wurde er als Nachfolger seines am 11. Mai 1981 ermordeten Parteifreundes Heinz-Herbert Karry zum Minister für Wirtschaft und Technik mit Zuständigkeit auch für die Verkehrspolitik berufen. In seine Amtszeit fielen der Bau der Startbahn Frankfurt-West sowie das atomrechtliche Genehmigungsverfahren für das Kernkraftwerk Biblis, Block C. Dem Deutschen Bundestag gehörte Hoffie von 1972 bis Juni 1981 und von 1983 bis 1987 an, zunächst als forschungspolitischer und später als verkehrs- sowie postpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Hoffie ist Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse und bekam im Jahre 2012 mit der Wilhelm-Leuschner-Medaille die höchste hessische Auszeichnung verliehen.

Nachruf

Im Alter von 93 Jahren verstarb das liberale Urgestein Christian Zeis. Der gebürtige Dresdener und langjährige Journalist trat 1946 in die LDP in Sachsen ein und gehörte der liberalen Familie über 75 Jahre lang an. Der gelernte Buchhändler floh 1961 aus der DDR nach Frankfurt, wo er von 1968 bis 1980 Stadtverordneter und von 1982 bis 1985 Kreisvorsitzender war. Auch dem Landesvorstand der FDP Hessen gehörte er lange Zeit an. Für seine Verdienste in der Kulturpolitik wurde Zeis mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Der Landesverband wird Christian Zeis ein ehrendes Andenken bewahren.

© FDP Kreisverband Frankfurt